



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen!

Die Wachstumspolitik der Bundesregierung hat sich bewährt

In dieser Woche haben wir mit Beunruhigung die neuen Hiobsbotschaften von den internationalen Finanzmärkten zur Kenntnis genommen. Insbesondere das unverantwortliche Verhalten des Risikomanagements und der Mangel an internen Kontrollen hat uns schockiert. Die aktuelle Finanzmarktkrise hat ihren Ursprung in einer leichtfertigen Kreditvergabe und unzureichenden Aufsicht in den USA genommen. Daher haben die USA zunächst einmal ihre Probleme selbst zu lösen.

Gegenüber der gegenwärtigen Krise hat sich die deutsche Volkswirtschaft als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen. Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre hat zu einer sichtbaren Verbesserung der sozialen Situation in Deutschland geführt. Der massive Rückgang der Arbeitslosigkeit hat nicht nur die Lohnschere wieder stärker geschlossen. Erstmals seit der Jahrtausendwende ist auch das Armutsrisiko wieder deutlich zurückgegangen: So konnten über vier Millionen Menschen dank einer neuen Arbeitsstelle die Armutsrisikoschwelle, die Wissenschaftler zurzeit bei 890 Euro im Monat ansetzen, überwinden. Arbeitslosigkeit ist nach wie vor das größte Armutsrisiko. Das gilt in besonderem Maße für die Langzeitarbeitslosen. Über 50 Prozent der Langzeitarbeitslosen befinden sich unterhalb der Armutsrisikoschwelle, dagegen nur gut 20 Prozent der kurzzeitig Arbeitslosen. Unter den Erwerbstätigen sind nur etwa 5 Prozent gefährdet, in Armut abzurutschen. Dieser Anteil war unter Rot-Grün deutlich gestiegen. Der aktuelle Wirtschaftsauf-

schwung hat auch in diesem Punkt deutliche Verbesserungen gebracht: Erstmals seit 2000 sind in den Jahren 2006 und 2007 wieder mehr Menschen aus dem armutsgefährdeten Bereich aufgestiegen, als „neue Arme“ hinzugekommen sind. Diese Zahlen belegen deutlich den Erfolg der von der Union maßgeblich mitgestalteten Arbeitsmarkt-reformen. Mit unserer Politik haben wir den Grundstein für die wirtschaftliche Erholung und den nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit gelegt. Die deutsche Volkswirtschaft verzeichnet ordentliche Wachstumsraten, die Zahl der Arbeitslosen tendiert gegen 3 Millionen und der staatliche Gesamthaushalt ist ausgeglichen. Dies verdanken wir den Menschen und Unternehmen, die in den vergangenen Jahren mit ihrem Einsatz die Wirtschaft gestärkt haben. Aber auch die Politik hat mit ihrem Kurs „Sanieren – Investieren – Reformieren“ hierzu einen beachtlichen Beitrag geleistet.

Die Finanzmarktkrise hat allerdings auch in Deutschland Schwachstellen offengelegt, auf die die Marktteilnehmer und die Politik reagieren müssen. Dazu ist eine sorgfältige Problemanalyse erforderlich. Das Bundesministerium der Finanzen ist aufgefordert, die Finanzaufsicht über die KfW einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Im internationalen Bereich hat Bundeskanzlerin Merkel bereits auf G 7-Ebene und im Europäischen Rat wichtige Anstöße für unabdingbare Reformen im Finanzmarkt gegeben. Dazu gehört insbesondere eine deutlich verbesserte Transparenz.

Bessere Betreuung für Kleinkinder

Der Bundestag hat heute nach abschließender Beratung das Kinderförderungsgesetz verabschiedet, das den Ausbau eines qualitativ hochwertigen Betreuungsangebots für Kinder unter drei Jahren regelt. Ab dem 1. August 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr. Damit werden die Anzahl der Krippenplätze für Kleinkinder verdreifacht. Der Bund beteiligt sich mit 4 Milliarden Euro zu einem Drittel an den Ausbaurkosten. Zudem sieht das Kinderförderungsgesetz vor, dass ab 2013 für diejenigen Eltern, die ihre Kinder von ein bis drei Jahren nicht in Tageseinrichtungen betreuen lassen wollen oder können, eine monatliche Zahlung (zum Beispiel Betreuungsgeld) eingeführt wird.

Erfolgreicher Unternehmertag der Union

Über 1000 mittelständische Unternehmer haben sich am Montag zum Unternehmertag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion getroffen. Auch aus dem Wahlkreis Enzkreis/Pforzheim nahmen vier Unternehmer teil. Dabei diskutierten Bundeskanzlerin Merkel und Bundeswirtschaftsminister Glos mit den Teilnehmern über aktuelle wirtschaftspolitische Themen. Im Fokus standen dabei die hohen Energiepreise und die Erbschaftssteuerreform. Diesbezüglich kündigte die Bundeskanzlerin Änderungen an der Gesetzesvorlage an. Vor den Unternehmerinnen und Unternehmern betonte sie, sie sei relativ optimistisch, dass es der Union gelingen werde, deutlich bessere Lösungen durchzusetzen. Bei der Kritik an dem derzeitigen Entwurf stehen vor allem die Regelungen zur Generationennachfolge in Familienunternehmen im Mittelpunkt. Der derzeitige Entwurf sieht eine Steuerbefreiung von 85% des Betriebsvermögens vor, wenn der Betrieb anschließend 15 Jahre im Besitz der Erben verbleibt und die Lohnsumme zehn Jahre weitgehend stabil bleibt. Hiergegen bestehen massive Einwendungen der mittelständischen Wirtschaft.

Anhörung zeigt: Kommunales Ausländerwahlrecht wäre verfassungswidrig

Eine heutige Anhörung im Innenausschuss des Bundestages hat gezeigt, dass die Erweiterung des Kommunalen Wahlrechts auch auf nicht EU-Ausländer gegen das Grundgesetz verstoßen würde. Bündnis 90/Die Grünen und die Linkspartei haben entsprechende Änderungen des Wahlrechts gefordert. Nach Art 20 GG geht alle Staatsgewalt vom Volk aus. Das Staatsvolk wird in der Bundesrepublik Deutschland von den deutschen Staatsangehörigen gebildet. Eine Ausnahme besteht allein für Staatsangehörige anderer Mitgliedstaaten der EU, weil dies 1992 als Unionsbürgerrecht in den Maastrichter Vertrag aufgenommen wurde. Unabhängig von den entgegenstehenden Verfassungsgrundsätzen steht ein allgemeines Kommunales Wahlrecht für Ausländer auch im Widerspruch zu den integrationspolitischen Zielen der Bundesregierung. Ein erfolgreicher Integrationsprozess kann durchaus im Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft und dem damit verbundenen Wahlrecht enden.

Entlastung für Krankenhäuser auf den Weg gebracht

Die Koalition hält Wort und wird den Krankenhäusern 3 Mrd. Euro zusätzlich für eine bessere Versorgung der Patienten und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigte zur Verfügung stellen. Das Maßnahmenbündel umfasst u.a. ein Programm zur Einstellung von Pflegekräften mit der Schaffung von zusätzlich 21.000 Stellen.

Staat hat weniger Kosten für Arbeitslose

Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung sind die Kosten der Arbeitslosigkeit für die öffentlichen Kassen in den letzten Jahren deutlich gesunken. Seit 2004 mussten insgesamt 25 Mrd. Euro weniger ausgegeben werden. Waren im Jahr 2004 noch 92 Mrd. Euro fällig, sank die Summe 2007 um 27% auf 68 Mrd. Euro. Die Union kämpft derzeit in der Großen Koalition um eine weitere Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung auf unter 3%.